



BürgerInnenbrief

16. Januar 2015

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Wählen gehen! +++ Rück- & Ausblicke +++ AfD & Pegida +++ Kein Stadtteil-Ausverkauf! +++ TTIP & Immobilienmarkt

Noch vier Wochen...



Wählen gehen! Auf roten Socken und Stiefeln... (Foto: M. Joho)

Der Jahreswechsel bot noch einmal eine kleine Verschnaufpause, aber seit Anfang Januar ist der Wahlkampf in die »heiße Phase« eingetreten. Tatsächlich überschlagen sich bei uns naturgemäß die Veranstaltungen, es gilt Rechenschaft über die zurückliegenden vier Jahre in der Bürgerschaft abzulegen, aber insbesondere auch die Neuwahl am 15. Februar ins Auge zu fassen. Zwar werden nun allüberall Plakate aufgestellt, Diskussionen mit KandidatInnen angesetzt, Wahlprüfsteine bearbeitet – aber von einem echten Wahlkampfieber in der Stadt ist bisher noch nicht allzu viel zu spüren.

Überschattet werden diese Tage von den unsäglichen Aufmärschen der »Europäischen Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) und den brutalen terroristischen Anschlägen in Paris. Doch auch die Gegenkräfte machen sich stärker denn je bemerkbar: 35.000 waren es auf Demonstrationen in Leipzig, 30.000 in Dresden, 18.000 in München, 10.000 in Berlin – in Hamburg leider nur 4.000.

Die zentralen Hamburger Themen – die soziale Spaltung in unserer Stadt, die Wohnungsnot usw. geraten dabei ein wenig unter die Räder. Kein Wunder, dass die AfD in der letz-

ten Umfrage wieder bei 5% landet und DIE LINKE von 9 auf 8% abgesackt ist. Aber Umfragen sind Umfragen, Wahlergebnisse sind Wahlergebnisse und dazwischen liegen noch vier Wochen intensiver Auseinandersetzung, bei denen wir kräftig mitmischen wollen.

Auch die vorliegende Ausgabe des »BürgerInnenbriefes« (und sicher ebenso die nächste um den 10. Februar) atmet wahlkämpferischen »Geist«. Gleich anschließend findet sich das »Kurzwahlprogramm« der Hamburger LINKEN, Joachim Bischoff setzt sich mit den Rechtskräften in unserer Stadt auseinander, es gibt zwei rückblickende Berichte auf die Bürgerschaftsarbeit seit 2011 und – last but not least – stellt sich Christiane Schneider vor, die Spitzenkandidatin der LINKEN im Wahlkreis I (Hamburg-Mitte), die, wenn alles gut läuft – und es läuft gut – die Nachfolge der bisherigen linken Wahlkreisabgeordneten Joachim Bischoff und Tim Golke antritt.

Mit Blick auf den nächsten »BürgerInnenbrief« freuen wir uns bis zum 7. Februar über Statements zur Wahl, Kritik und Bekenntnisse an: michajoho@aol.com.

»Konsequent sozial: DIE LINKE«



LINKE KandidatInnen mit Wahlplakaten, 9.1.2015 in Altona (Foto: dpa)

Mit diesem Motto tritt die Hamburger LINKE zur Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 an. Das komplette Wahlprogramm trägt den Titel »Für eine Politikwende – Hamburg für die Menschen und nicht für den Profit«. Wer es in sei-

ner ganzen Länge kennenlernen möchte, guckt hier: www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/Wahlen_2015/Dokumente/WPrg_141115_raw.pdf. Die auf den Punkt gebrachte Version des »Kurzwahlprogramms« findet sich hier:

Für eine Politikwende – Hamburg für die Menschen

DIE LINKE will einen Politikwechsel, der Hamburg zu einer weltoffenen Stadt macht, in der die Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die Verhältnisse demokratisch gestalten. Soziale Gerechtigkeit und starke Grundrechte sind neben dem Schutz von Klima und Umwelt wesentliche Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen. Jugendliche und Erwerbslose müssen einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz sowie eine berufliche Perspektive bekommen, alle Menschen von ihrer Arbeit oder Rente leben können. Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV. Dafür steht DIE LINKE bei den Bürgerschaftswahlen.

1. Soziale Spaltung bekämpfen

Hamburg ist eine sozial tief gespaltene Stadt, in der seit Jahren der Rotstift regiert. Elementare Ausgaben werden gekürzt. Das trifft Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – mit schwerwiegenden Folgen bis in die Mittelschicht hinein. Öffentliche Gebäude, Straßen und Grünflächen sind in schlechtem Zustand, weil Investitionen wegen des Spardiktats ausbleiben. Hamburg ist Hauptstadt der Kinder- und Altersarmut. Ein immer größerer Teil der Beschäftigten hat unsichere Arbeitsverhältnisse. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die soziale Spaltung betrifft alle Lebensbereiche: Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Kultur. Unser Ziel ist ein Hamburg für alle: Umsteuern, nicht Kürzen! Mit einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm kann Hamburg den öffentlichen Nahverkehr verbessern, öffentliche Gebäude modernisieren und energetisch sanieren sowie den Wohnungsbau dem tatsächlichen Bedarf anpassen. Nur Investitionen schaffen Arbeitsplätze.

2. Bezahlbare Wohnungen für alle

In Hamburg fehlen – für viele spürbar – Zehntausende bezahlbare Wohnungen, vor allem Sozialwohnungen, deren Bestand ständig abnimmt. Der Wegfall der Sozialbindungen muss gestoppt werden. DIE LINKE will große bedarfsgerechte öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbestände mit sozialen Mieten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Leerstand, Spekulation und Zweckentfremdung müssen konsequent bekämpft werden.

3. Bildung mit Perspektive

DIE LINKE will gute Bildung für alle von der Kita über Schule bis zu Ausbildung, Studium und Weiterbildung. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für ein freies, sozial verantwortliches und selbstbestimmtes Leben und die Mitgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung. Das gilt auch für Menschen mit Handicaps. Dafür muss Inklusion ausreichend finanziert werden. Der Stadtteil entscheidet in Hamburg über den Zugang zu Bildung. DIE LINKE will diese Ungleichheit überwinden. Ausbildungs- und Arbeitsplätze statt Praktika und unsichere Beschäftigung!

4. Mehr Erzieherinnen und Erzieher

Das Kita-Angebot in Hamburg wurde in den letzten Jahren zwar massiv ausgebaut, das Personal aber nicht entsprechend aufgestockt. Die Kinder werden von zu wenigen Fachkräften betreut. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach 25 Prozent mehr Personal. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und eine gute soziale Absicherung der Beschäftigten.

5. Fahrpreise runter

Zur Verbesserung der Mobilität gehört der Ausbau eines erschwinglichen öffentlichen Nahverkehrs. Die Fahrpreise des HVV sind für kleine Einkommen zu hoch. Wir fordern deshalb ein echtes Sozialticket, eine Reduzierung der Preise und langfristig den Nulltarif.

6. Krankenhäuser, Pflegeheime und Energieversorger in öffentliche Hand

Bis in die 1990er Jahre war die öffentliche Versorgung mit Strom und Gas selbstverständlich. Krankenhäuser und Pflegeheime waren in städtischem Besitz. HEW, Hein Gas, Pflegeheime und Krankenhäuser wurden gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger an Konzerne verkauft. DIE LINKE will eine öffentliche Versorgung mit Krankenhäusern, Pflegeheimen und Energie sicherstellen. Der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Energienetze muss vollständig umgesetzt werden – auch bei Gas und Fernwärme.

7. Stopp TTIP

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA gefährden Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsstandards. Mindestlöhne und Arbeitsplätze sind in Gefahr. Weitere Privatisierungen sind zu befürchten und Rekommunalisierungen werden behindert. Mit hohen Schadenersatzforderungen sollen internationale Konzerne ihre Wirtschaftsinteressen durchsetzen dürfen. DIE LINKE fordert deshalb: Stopp TTIP, CETA und TISA!

8. Waffenexporte stoppen

Auch in Hamburg gibt es Geschäfte mit dem Tod: Waffenexporte gehen über den Hafen und an den Hochschulen findet Rüstungsforschung statt. DIE LINKE ist die Friedenspartei und fordert: Keine Waffenexporte über den Hamburger Hafen, Umwandlung der Bundeswehruniversität in eine Hamburger zivile Hochschule und Zivilklauseln gegen militärische Forschung.

9. Bleiberecht für alle

Über 50 Millionen Flüchtlinge weltweit sind von Krieg, Hunger und Vertreibung betroffen. Nur 26.000 davon sind in Hamburg. Kein Mensch verlässt ohne Not seine Heimat. Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen eine Lebensperspektive. DIE LINKE will, dass Hamburg alle Möglichkeiten nutzt, Flüchtlingen eine menschenwürdige Existenz zu geben. Kein Mensch ist illegal: Die Lampedusa-Flüchtlinge dürfen nicht abgeschoben werden. Kein Fußbreit den rechtspopulistischen Forderungen der AfD. DIE LINKE heißt mit vielen Hamburgerinnen und Hamburgern Flüchtlinge willkommen und setzt sich für ein Bleiberecht ein.

10. Kein Olympia

Die vom Senat propagierten bescheidenen und sozialverträglichen Olympischen Spiele hält DIE LINKE für Wunschdenken. Der Nutzen für die Menschen in Hamburg und den Breitensport ist bei diesem kommerziellen Event fragwürdig. Milliardenkosten und finanzielle Risiken liegen bei der öffentlichen Hand. Das Geld fehlt an anderer Stelle. Deswegen ist DIE LINKE gegen Hamburgs Olympia-Bewerbung.



Ein außerordentlich spannender Wahlkreis

Von Christiane Schneider



Gegen den »Obdachlosenzustand« (C. Schneider, 2. v.r. vorne)

Wir freuen uns, mit Christiane Schneider eine der versiertesten und erfahrensten PolitikerInnen der Hamburger LINKEN für einen Beitrag in diesem »BürgerInnenbrief« gewonnen zu haben. Und wünschen ihr viel Glück bei der Bürgerschaftswahl am 15. Februar, tritt sie doch nun zum dritten Mal für DIE LINKE zur Wahl an, aber erstmals als Spitzenkandidatin im Wahlkreis I (Hamburg-Mitte).

Vergangenen Samstag habe ich mir eine kleine Pause vom gegenwärtigen Wahlkampf gegönnt. Die Schura, der Rat der Islamischen Gemeinschaft in Hamburg, hatte zu der Konferenz »Extremismus als islamische und gesellschaftliche Herausforderung« eingeladen, ein Thema, das angesichts der jüngsten furchtbaren Geschehnisse in Paris gar nicht aktueller hätte sein können. Die Konferenz war länger geplant, und ich wollte vor allem eines: zuhören, wie die muslimische Community sich dieser Herausforderung stellt. Ich habe eine sehr offene, kritische, auch selbstkritische und produktive Diskussion verfolgen können und einiges gelernt. Und ich wurde in der Hoffnung bestärkt, dass die Anschläge von IS-Anhängern auf der einen, von PEGIDA und Konsorten auf der anderen Seite auf das solidarische, friedliche Zusammenleben zurückgewiesen werden können.

Politik muss, das ist meine feste Überzeugung, die in der Gesellschaft vorhandenen Potenziale zur Lösung von Konflikten und Problemen unterstützen und fördern. Ein Beispiel: Die schweren Auseinandersetzungen auf dem Steindamm in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 2014, hervorgerufen durch den Angriff von IS-Anhängern auf das kurdische Kulturzentrum, bargen ein großes Eskalationspotenzial. Sie hätten dauerhaft zu einem schweren Konflikt zwischen Muslimen und Kurden eskalieren können. Dazu kam es nicht. Und das war in allererster Linie der Bereitschaft und Fähigkeit beider Seiten zu verdanken, miteinander zu reden, den Sachverhalt klarzustellen und sich gemeinsam gegen »gewaltbereite salafistisch

orientierte Personen«, wie es in der Schura-Erklärung heißt, zu positionieren. Diesen Verständigungsprozess konnte ich zusammen mit anderen unterstützen, seine Ergebnisse in der Bürgerschaft darstellen und verteidigen.

Wie angeführt, das ist nur ein Beispiel. Es gibt die unterschiedlichsten Konflikte, die unterschiedlichsten Situationen und Anforderungen. Die Fragen einer solidarischen und sozialen Stadtentwicklung können nur demokratisch, und das heißt: nicht ohne und schon gar nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelöst werden. Für mich ist Politik deshalb grundsätzlich ohne engen Austausch mit und ohne starke Beteiligungsrechte der BürgerInnen unvorstellbar.

Im Rahmen unserer Bürgerschaftsfraktion verantworte ich vor allem die Bereiche Innen-, Flüchtlings- und Rechtspolitik, Bereiche, in denen die Achtung und Verteidigung der Menschenwürde, der Grund- und Menschenrechte eine erhebliche Rolle spielen.

Die wichtigste Erfahrung in der Flüchtlingspolitik ist die große Solidarität in der Stadt, die sich in der Unterstützung für das Bleiberecht der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« entwickelt hat und die sich in einer beeindruckenden Willkommensbewegung für alle neu eintreffenden Flüchtlinge niederschlägt. Das ist eine ganz andere Situation als in den 1990er Jahren und die beste Voraussetzung, um die große Herausforderung steigender Flüchtlingszahlen zu meistern. Diese Herausforderung lautet: Wie kann erreicht werden, dass die Flüchtlinge, die hier bleiben wollen, hier tatsächlich leben, arbeiten, ihre Kinder zur Schule schicken und an der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können? Dazu haben wir in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Reihe von sehr konkreten Vorschlägen erarbeitet, die leider vor allem die SPD-Mehrheit zurückgewiesen hat. Aber wir werden auch in den nächsten fünf Jahren nicht lockerlassen.

Die Innenpolitik war durch z.T. sehr heftige und grundsätzliche Konflikte geprägt, ich erinnere nur an die Errichtung des

»Gefahrengebiets« in Altona/St. Pauli/Schanzenviertel vor gut einem Jahr. In dieser Auseinandersetzung, aber auch zum Beispiel im Streit um eine individuelle Kennzeichnung aller PolizeibeamtInnen (also nicht nur für Streifenbeamte, sondern auch in geschlossenen Einsätzen) wird deutlich, dass wir vom Leitbild einer transparenten und bürgernahen Großstadtpolizei noch ein gutes Stück entfernt sind. In St. Georg zum Beispiel gibt es seit 1995 ununterbrochen ein Gefahrengebiet, in dem die Polizei verdachtsunabhängig in Grundrechte eingreifen und Kontrollen vornehmen kann und in dem sie seither fast 100.000 Aufenthaltsverbote verhängt hat. Das fragen wir regelmäßig ab und haben es auf der Seite www.grundrechte-kampagne.de sorgfältig dokumentiert.

Neben dem Einsatz für die Abschaffung der Gefahrengebiete oder die individuelle Kennzeichnungspflicht stehen gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode zwei wichtige Fragen auf der innenpolitischen Agenda: die weitere Aufklärung der NSU-Morde und des Staatsversagens in Hamburg – in Hamburg wurde im Juni 2001 Süleyman Tasköprü ermordet – sowie des Polizeiskandals um die in der Roten Flora und beim Radio FSK eingesetzte verdeckte Ermittlerin. In beiden Fragen werden wir nur durch Untersuchungsausschüsse wirklich weiterkommen. Ich hoffe deshalb sehr, der neuen Bürgerschaftsfraktion wieder anzugehören.

Obwohl ich schon lange, seit Mitte der 1980er Jahre, in Hamm lebe, kandidiere ich zum ersten Mal in »meinem« Wahlkreis. Das ist ein außerordentlich spannender Wahlkreis mit vielen Impulsen und Herausforderungen.

Die wahrscheinlich größte Herausforderung für die nächsten Jahre liegt bereits auf dem Tisch: das im Sommer groß angekündigte Senatskonzept »Stromaufwärts an Elbe und Bille«, ein Konzept, mit dem »Entwicklungspotenziale für neuen Wohnraum, moderne Industrie- und Gewerbestrukturen sowie

Erfahrungen in der Bürgerschaft und im Wahlkreis Hamburg-Mitte seit 2008 und die Vorstellungen der LINKEN für die nächsten Jahre

Eine Veranstaltung mit:

■ Joachim Bischoff, Wahlkreisabgeordneter 2008 bis 2011 ■ Tim Golke, Wahlkreisabgeordneter 2011 bis 2015 ■ Christiane Schneider, Wahlkreis-Spitzenkandidatin 2015

am **Montag, 9. Februar 2015**, um 19.30 Uhr, im Lokal »Flic Flac« der HT 16, Sievekingdamm 7 (Hamm, U2 Burgstraße)

für die Verbindung von Wasser und Grün« im Hamburger Osten erschlossen werden sollen. Darüber ist im »BürgerInnenbrief« (27.8.2014) schon einmal ausführlich und kritisch berichtet worden. Dass der Hamburger Osten und auch die drei im Wahlkreis gelegenen Stadtteile Hamm, Horn und Borgfelde seit langem stark vernachlässigt wurden und dass etwas geschehen muss, ist unstrittig. Aber so? Hier sollen drei Hauptkritikpunkte nur angerissen werden: Erstens: »Good governance«, gutes Regieren kann nicht darin bestehen, mit viel Geld erstellte, aufwändige Prospekte vorzulegen, die Investoren Anlagemöglichkeiten schmackhaft machen, ohne die sozialen Risiken eines Aufwertungskonzept, die Gefahr der Verdrängung, auch nur zu erwähnen. Zweitens: Das Senatskonzept ist vorgelegt, jede ernsthafte Art von Beteiligung ist von vorneherein schon dadurch eingeschränkt, dass ausschließlich die vom Senat präsentierten »Ideen« mit der betroffenen Bevölkerung diskutiert werden sollen. Die Entwicklung der Stadtteile ist aber zuallererst Anliegen der dort lebenden Menschen. Ernsthafte Beteiligung ist nicht beabsichtigt, partizipative Methoden wie z.B. BürgerInnengutachten, die für eine gewisse »gleiche Augenhöhe« zwischen BürgerInnen und Senat sorgen könnten, werden nicht einmal in Erwägung gezogen. Der Sinn weiterer »Beteiligung« kann nicht darin bestehen, das Vorgelegte mit der einen oder anderen leichten Abänderung abzunicken. Drittens: Ein Entwicklungskonzept für ein so großes und bevölkerungsreiches Gebiet kann ohne eine nachhaltige Verkehrsplanung unmöglich auskommen. Davon ist in dem schön bebilderten Prospekt nicht mit einem Wort die Rede.

Das zeigt: Es wird weiterhin viel zu tun geben im Wahlkreis 1. Ich freue mich darauf.

Zu meiner Person: Ich bin 66 Jahre alt, seit 1993 Mitglied der PDS, dann der LINKEN, seit 2008 in der Bürgerschaft und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Mein letzter ausgeübter Beruf ist der einer Schriftsetzerin. Wer sich intensiver mit meinen Positionen und der geleisteten Bürgerschaftsarbeit auseinandersetzen möchte, sollte den »Newsletter Innen- und Justizpolitik« ansteuern (www.linksfraktion-hamburg.de/newsletter_innen_und_justizpolitik/newsletter_innen_und_justizpolitik_nr7/) und ggfs. auch gleich abonnieren (christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de).



Demo gegen den »Tag der deutschen Zukunft« am 2.6.12, Wandsbek (C. Schneider)

AfD Hamburg und PEGIDA

Von Joachim Bischoff



Jörn Kruse (l.), Bernd Baumann, 15.1.2015 in Hamburg (dpa)

Der Wahlkampfauftakt der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Hamburg fand erwartungsgemäß überregionale Aufmerksamkeit. Im Zentrum steht weiterhin die Auseinandersetzung der Vorstandsmitglieder über den Führungsstil (»Gutsherrenart«) des Vorsitzenden Bernd Lucke und die Positionierung der ostdeutschen Landesverbände zu den »Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA).

Bundesweit käme die AfD laut Infratest-dimap-Umfrage derzeit auf 6%. Die letzte Erhebung für Hamburg vom 14. Februar weist 5% aus. Damit liegt sie deutlich unter den Werten, die sie 2014 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen erreichte. Sollte die AfD den Einzug in die Landesparlamente in Hamburg und im Mai in Bremen verfehlen, könnte sich der Eindruck einer altmodischen Partei verfestigen, die vor allem die Befindlichkeiten ostdeutscher GlobalisierungsskeptikerInnen abbildet.

Auf der anderen Seite stehen die Chancen nicht schlecht, dass sich die AfD bei einem Wahlerfolg dauerhaft etablieren könnte. Ihre AnhängerInnen schreiben dieser Partei vor allem die Ziele zu, die Zuwanderung zu begrenzen, härtere Asylgesetze anzustreben, den Euro abzuschaffen, die Bedeutung der europäischen Ebene zurückzudrängen und nationale Interessen entschiedener zu vertreten. Gleichzeitig sieht die große Mehrheit der UnterstützerInnen die AfD auch als Anwalt von mehr Bürgerbeteiligung, innerer Sicherheit, von Reformen, sozialer Gerechtigkeit sowie der Interessen der Wirtschaft und des Mittelstands. Annähernd drei Viertel der AnhängerInnen glauben zudem, dass die von ihnen favorisierte Partei die besten Konzepte für die Zukunft des Landes hat. Damit erfüllt die AfD mehrere Voraussetzungen für einen zumindest mittelfristig andauernden Erfolg: ein klares Zielprofil, in dem Themen von gesellschaftlicher Bedeutung dominieren, und eine programmatische Positionierung, die von vielen und insbesondere den eigenen Leuten als deutlich ab-

weichend von anderen Parteien wahrgenommen wird. Zurzeit käme die AfD bei einer Wahl in den Bundestag – anders als noch vor einem Jahr.

Zentrales Wahlkampfthema Zuwanderung

Das Thema Zuwanderung zog sich wie ein roter Faden durch den Wahlkampfauftakt. Es ist davon auszugehen, dass es für die AfD bis zur Wahl im Zentrum bleiben wird. Neben Parteichef Lucke fordert auch der Europa-Abgeordnete Hans-Olaf Henkel eine »offene Diskussion« über Zuwanderung. Dabei setzte sich der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vor allem mit dem Islam auseinander. »Wir müssen aus Sicht der Opfer über den Islam diskutieren«, sagt Henkel. Nur zwei der 51 muslimisch geprägten Staaten hätten demokratische Strukturen: Libanon und Tunesien. »Und in allen Ländern werden die Frauenrechte mit Füßen getreten. Das erleben wir auch in muslimischen Familien in Deutschland.« Das Thema müsse grundsätzlich angegangen werden.

Lucke sieht die Analysen der AfD umfassend bestätigt. Die Weltlage habe sich in den vergangenen zehn Jahren seit dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich verschlechtert. »Es gibt jede Menge Krisen«: den Ukraine-Konflikt, die Destabilisierung des Nahen Ostens und die Probleme in der Euro-Zone, und vor allem Griechenland. »Und es gibt die Krise der illegalen Einwanderung. Das alles ist für die Menschen schwer zu verdauen. Ich erwähne nur mal Pegida.« Dennoch seien viele Menschen mit Merkel zufrieden. »Das liegt daran, dass Merkel die Probleme verschleierte. Die Bundesregierung führt die Bevölkerung in die Irre.« Angesichts der demographischen Entwicklung plädierte Lucke für eine »massive Zuwanderung«. Deutschland brauche die Menschen, »die sich gut integrieren können«.

Jörn Kruse, AfD-Spitzenkandidat bei der Hamburger Bürgerschaftswahl, attackierte die »Lüge« der PolitikerInnen

beim Thema Islam. »Sie suggerieren, dass bei der Zuwanderung aus islamischen Ländern alles von selbst geht, wenn man nur lang genug wegguckt«, sagte Kruse. Voraussetzung für Zuwanderung seien Integration und das Erlernen der deutschen Sprache und Lebensweise. Kruse forderte ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen: »Das Kopftuch ist für mich ein Symbol der Integrationsverweigerung und der Frauenverachtung. Männer zwingen Frauen, als schwarze Monster herumzulaufen«, rief Kruse. Er betonte, dass die weltweite Solidarität mit den Opfern der Terror-Anschläge in Paris der richtige Weg sei. »Aber es ist nur ein erster Schritt. Wir brauchen handfestere Maßnahmen.«

Was die AfD in Hamburg politisch ändern will, erfuhren die ZuhörerInnen kaum. Kruse erwähnte die Aufstockung der Polizei um 500 Beamte. »Wir haben einen Ersten Bürgermeister, der nichts tut. Wir müssen Hamburg aus dem Schlaf wecken«, forderte Henkel, der die Bedeutung der Bürgerschaftswahl für die AfD herausstrich. »Wenn wir es hier schaffen, werden wir es überall schaffen.« Hamburg wäre das erste westdeutsche Bundesland, in dem die AfD parlamentarisch vertreten wäre.

Seine Dresdner Parteikollegin Frauke Petry bestätigte nach einem Treffen mit den PEGIDA-OrganisatorInnen am Tag des Massakers in Paris, es gebe große »Schnittmengen« mit den Islamisierungsgegnern. Diese wollen u.a. das Grundgesetz ändern und eine »Integrationspflicht« für Ausländer einführen.

PEGIDA und die AfD

Die PEGIDA-Bewegung in Dresden hat verdeutlicht, dass im politischen System eine »Repräsentationslücke« existiert. Die CDU ist der politischen Stimmung der breiten Bevölkerungsmehrheit folgend in die Mitte gerückt (»Sozialdemokratisierung«) und hat das rechte Spektrum – auch zum Leidwesen des geschrumpften nationalistisch-rechtskonservativen Flügels – den rechtsextremen Parteien wie der DVU, der NPD und neuerdings der AfD überlassen. Die PEGIDA-Bewegung verdeutlicht: Es gibt einen Teil der Wahlbevölkerung, der davon überzeugt ist, dass die politische Klasse nicht auf ihn hört und ihn verachtet – und dass er deshalb in einer Basisbewegung den PolitikerInnen, den staatlichen Institutionen und der politischen Führung klarmachen muss, dass er auch noch da ist und ernst genommen werden will. Der Grundtenor bei PEGIDA-Demonstrationen ist: Wir leben in einer Demokratie, doch die arrogant gewordene, abgehobene und am eigenen Vorteil ausgerichtete politische Klasse kümmert sich nicht um uns. PEGIDA ist vor allem eine Bewegung derer, die sich im politischen System nicht repräsentiert fühlen.

Ohne Zweifel sind auch Rechtsradikale engagiert – nach Schätzungen des Verfassungsschutzes 300 bis 400; und z.T. sind sie in den organisatorischen Strukturen deutlich stärker vertreten. Ansonsten versammeln sich überwiegend BürgerInnen aus sozialökonomischen Mittellagen. Es überrascht nicht, dass hier Ängste über Statusverlust ausgeprägt sind, d.h. auch Verteilungskonflikte werden eher mit Zuwanderern in Verbindung gebracht. Die PEGIDA-AnhängerInnen sind empört, dass man sie allesamt als Rechtsradikale oder als von

Aufbruch der rechten Wutbürger: Front national, Ukip, Schwedendemokraten, AfD...

Vortrag und Diskussion mit Joachim Bischoff

Sonntag, 25. 1., 15.00 bis 18.00 Uhr,

Gemeindesaal St. Georg, Stiftstraße 15 (1. Stock)

Anmeldung: michael.joho@linksfraktion-hamburg.de

Die rechten »Mut«-Bürger – was & wer verbirgt sich hinter der AfD?

Buchvorstellung und Diskussion mit dem Autor des neuen VSA: Buches zum Thema, Alexander Häusler, sowie mit Felix Krebs (Hamburger Bündnis gegen Rechts, Antje Möller (MdHB, Die Grünen) und Christiane Schneider (MdHG, DIE LINKE)

Mittwoch, 28. 1., 19.00 Uhr, Kaffeewelt, Böckmannstraße 3

Faschisten Verführte darstellt, und dass führende PolitikerInnen das dann zum Anlass nehmen, sie als »Mischpoke« und »Schande für Deutschland« zu beschimpfen. Für das Feindbild der Pegidisten werden die Medien verantwortlich gemacht, daher die Parole von der »Lügenpresse«. Es sind mehrheitlich durchschnittliche Gestalten ohne herausragendes politisches Interesse, die selbst ganz erstaunt sind ob ihres weltweiten Echos und überfordert von dem, was sich da entwickelt. Weil die christliche Union, die geeigneter wäre als die Grünen, die SPD oder die Linkspartei, die DemonstrantInnen zu erreichen, dafür aber weder Personal noch Strukturen hat, wird dieses Protestpotenzial wohl der AfD zufallen.

Es besteht die Gefahr, dass die terroristischen Attentate in Paris PEGIDA weiteren Zuwachs bescheren. Zumindest vordergründig wird die ausgeprägte Islamophobie durch die Mordanschläge verstärkt. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Muslime deutlich religiöser sind als Angehörige anderer Religionen in Deutschland. Die religiöse Bindung der Muslime bleibt über die Generationen hinweg stabil, die Werthaltungen sind jedoch liberaler als häufig angenommen. Fakt ist aber auch: Der offenen Haltung der Muslime steht eine zunehmend ablehnende Haltung seitens der deutschen Mehrheitsbevölkerung gegenüber. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die kleine Minderheit der radikalen Islamisten (weniger als 1% aller Muslime) – die bereits seit geraumer Zeit im Fokus der Öffentlichkeit steht – das Bild der 4 Millionen Muslime in Deutschland prägt. Es ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine bedenkliche Entwicklung, wenn Muslime unter Generalverdacht geraten und dadurch ausgegrenzt werden.

Während Lucke nach den Terrorschlägen von Paris zur Besonnenheit mahnte, will der AfD-Vize Alexander Gauland das politische Bündnis: »All diejenigen, die bisher die Sorgen vieler Menschen vor einer drohenden Gefahr durch den Islamismus ignoriert oder verlacht haben, werden durch diese Bluttat Lügen gestraft.« Gauland nennt die Pegidisten »unsere natürlichen Verbündeten«.

In einem »Bild«-Interview sagte Henkel: »Wenn die AfD sich nicht klar von rechtsextremen Positionen abgrenzt und diesen widerspricht, wird sie in bürgerlichen Milieus mehr Zustimmung verlieren als sie bei Rechtsextremen gewinnen kann. Sie hat nur dann in ganz Deutschland eine Chance, wenn sie ihren liberal-konservativen Kurs beibehält.«

Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg stellen im aktuellen Parteibildungsprozess des Rechtspopulismus eine wichtige

Zwischenetappe dar. Dies sollten alle BürgerInnen bedenken und ihren Beitrag leisten, damit wir eine bessere Wahlbeteiligung bekommen. Ich denke: Bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen ist die Linkspartei ein unverzichtbarer Faktor in der politischen Auseinandersetzung mit Rechtskonservatismus und Rechtspopulismus. Aus meiner Sicht gibt es gute Gründe, »links« zu wählen. Stärken Sie die KandidatInnen der Linkspartei!

Arbeitsmarktpolitik in Hamburg: ein Rückblick

Von Tim Golke



Im Rathaus nach der Übernahme des Mandats Ende 2011 (Foto: M. Joho)

Ich möchte heute beginnen, jeweils einen kurzen zusammenfassenden Bericht über meine Arbeitsbereiche als Wahlkreisabgeordneter aus Hamburg-Mitte in der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE zu geben.

Den Arbeitsbereich Arbeitsmarktpolitik habe ich in der Nachfolge von Wolfgang Joithe und dann Joachim Bischoff in der Fraktion übernommen. Mein Ansatz war von Beginn an, dass mit guter Beschäftigungspolitik die traditionelle Arbeitsmarktpolitik eigentlich fast überflüssig wäre. In der parlamentarischen Arbeit stand dennoch die Arbeitsmarktpolitik natürlich zwangsläufig im Vordergrund, dort vor allem auf der Ebene des Jobcenters team.arbeit.hamburg.

In vielen parlamentarischen Anfragen, die meist auf Einzelfällen oder aber andauernden Missständen im Jobcenter beruhten, habe ich eine konkrete Verbesserung der Situation im Jobcenter anstoßen können. Schwerpunkte waren insbesondere der Leistungsbereich, dort vor allem das Dauerthema Kosten der Unterkunft. Weiterer Schwerpunkt war natürlich der Bereich Arbeitsvermittlung, hier insbesondere die Beschäftigungsmaßnahmen wie die Ein-Euro-Jobs und zu-

letzt auch die noch problematischeren so genannten Null-Euro-Jobs. Der von uns immer wieder auch in Anträgen geforderte soziale Arbeitsmarkt für langzeiterwerbslose Menschen fehlt in Hamburg bislang leider immer noch. Andauerndes Problem waren und sind die bestehenden Sanktionen. Das auch von uns geforderte Sanktionsmoratorium für Hamburg war aber in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft nicht durchsetzbar.

Die parlamentarische Arbeit wurde von Anfang an mit einem starken Einsatz im Wahlkreis unterfüttert. Meine regelmäßige Bürgersprechstunde im Abgeordnetenbüro direkt im Wahlkreis in Borgfelde hat in vielen Einzelfällen zu einer Lösung akuter Probleme von hilfesuchenden Bürgerinnen und Bürgern führen können. Auch hier standen Schwierigkeiten mit dem Jobcenter natürlich eindeutig im Vordergrund. Auf meine Initiative hin sind zudem – endlich – die bislang nicht veröffentlichten Handlungsanweisungen und Arbeitsanleitungen des Jobcenters team.arbeit.hamburg im Internet veröffentlicht worden. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer hat dies begrüßt und darauf hingewiesen, dass die Veröf-

fentlichung dieser Dokumente es sehr erleichtern könne, die Rechtmäßigkeit von anzufechtenden Bescheiden im Vorwege zu prüfen und damit die Erfolgsaussichten eines möglichen Rechtsmittels präziser zu beurteilen.

Das Grundproblem im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg ist es, dass die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten leider dadurch sehr beschränkt werden, dass das »Operative Arbeitsmarktprogramm« des Jobcenters mit weitreichender Bindungswirkung völlig am Parlament vorbei beschlossen wird. Gerade in Hamburg, wo es nur ein einziges Jobcenter gibt, wäre es ohne weiteres möglich, dass die Bürgerschaft sich hier ein Mitgestaltungsrecht sichert. So kommt es zwar im Nachhinein durchaus zur Befassung, insbesondere im zuständigen Sozialausschuss. Die wesentlichen Weichenstellungen und Schwerpunktsetzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg aber werden an der Bürgerschaft vorbei vorgenommen. Es ist aus meiner Sicht für die Demokratie nicht gut, dass die Bürgerschaft ihr Gestaltungsrecht hier nie eingefordert hat – und zwar unter allen bisherigen Senaten.

Ebenfalls nicht gut ist es, dass sich Hamburg fast vollständig aus der Finanzierung von Eingliederungsleistungen auch

aus Landesmitteln zurückgezogen hat. Hier hilft die Aktivierung von so genannten passiven Leistungen, also die Finanzierung von Eingliederungsmaßnahmen auch mithilfe sonst existenzsichernder Leistungen nicht wirklich weiter. Die Erfahrungen aus anderen Modellregionen in Deutschland zeigen, dass dies nur mit erheblichen kommunalen Mitteln und Landesmitteln möglich ist.

Ein wichtiger Erfolg im Bereich Beschäftigungspolitik war es für uns jedoch, dass ich mit meiner Fraktion das Hamburgische Landesmindestlohngesetz entscheidend mit auf den Weg bringen konnte. Hier hat sich der Senat ziemlich vor sich her treiben lassen, und zunächst das Ersuchen der Bürgerschaft auf Vorlage eines entsprechenden Entwurfes grundlos verzögert. Ein noch nicht gelöstes Problem ist zudem das vom Senat geplante Ende der behördenunabhängigen Hartz-IV-Sozialrechtsberatung in ganz Hamburg. Auch um die Situation der Schuldnerberatung in Hamburg habe ich mich gekümmert. Nicht zu vergessen: Die Situation auch der im Jobcenter beschäftigten Menschen hat mich bewegt, insbesondere die mit unsicherer Perspektive nur befristet eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Stärkung der Rolle der ehrenamtlichen Beiräte.

Wieder vier lehrreiche Jahre in der Bürgerschaft

Von Heike Sudmann



Auf der Blockupy-Demo, 17. Mai 2014 (Foto: M. Joho)

Vor vier Jahren bin ich nicht nur (wieder) in die Bürgerschaft gekommen, sondern auch von Joachim Bischoff eingeladen worden, in seinen »BürgerInnenbrief« einzusteigen. Dieses Klasse-Angebot habe ich natürlich gerne angenommen – und so könnt ihr jetzt hier meinen persönlichen Rückblick lesen.

Als ich das erste Mal im Jahr 1993 im Plenarsaal des Hamburger Rathauses als Abgeordnete Platz genommen habe, war das schon beeindruckend und aufregend. Wie wird es sein, am Redepult zu stehen, was mache ich bloß, wenn ich mich vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit verhaspelt? Was mich 1993 noch nervös gemacht hat, war 2011 kein Thema

mehr. Erspart blieb mir auch die Enttäuschung, dass die Bürgerschaft nicht der Ort ist, wo die Politik maßgeblich gemacht und bestimmt wird. Das hatte ich schon in den acht Jahren als Abgeordnete für die GAL und später für »REGENBOGEN – für eine neue Linke« mitbekommen: Wirtschaft, Handelskammer, Klüngelrunden und Filz verschiedener Couleure sorgen dafür, dass Entscheidungen so gefällt werden, wie es genehm ist. Nicht für die Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich, sondern für elitäre Kreise.

Deshalb bin ich auch für DIE LINKE angetreten, um der Stachel im Fleisch der Mächtigen zu sein, um Sand ins Ge-

triebe zu streuen – und mit der Vision, dass eines Tages nicht mehr der Kapitalismus unser Leben bestimmen wird, sondern wir eine sozialistische, gerechte Welt haben.

In meinen Themenfeldern Stadtentwicklung und Verkehr, nach dem Rücktritt von Joachim Bischoff auch im Bereich Wohnungspolitik, habe ich die Bürgerschaft genutzt, um Öffentlichkeit herzustellen und um Initiativen Gehör zu verschaffen. Mehrmals konnte ich ein Rederecht für Ini-VertreterInnen erreichen (z.B. für das Koordinierungsgremium Neue Mitte Altona, die Stintfang-Ini, die Karoiviertel-Ini, die Ini zur Wulffschen Siedlung-Langenhorn 73). Wobei es teilweise peinlich war, wie andere Fraktionen, besonders die SPD, aber auch CDU und FDP, mit den Ini-VertreterInnen dann umgegangen sind. Die viel beschworene Bürgernähe sieht jedenfalls anders aus.

Mit Anfragen habe ich versucht, das öffentlich zu machen, worüber der Senat und die SPD lieber schweigen würden. Mit Anträgen haben wir als Fraktion Alternativen zur Senatspolitik aufgezeigt. Kein einziger Antrag wurde von der SPD angenommen. Wenn die Ablehnung eines Antrages der LINKEN für die SPD mal unmöglich war, wurde der Antrag verändert und als SPD-Antrag umetikettiert. Das ist zwar ärgerlich, aber solange in der Sache wenigstens etwas Vernünftiges dabei herauskommt, kann ich damit leben.

Während die Sitzungen der Bürgerschaft und der Ausschüsse zum Pflichtprogramm gehören, ist die Kür die Zusammenarbeit mit den Initiativen, Beiräten und interessierten BürgerInnen. Neben den bereits genannten seien hier nur beispielhaft aufgezählt: ESSO-Häuser-Ini, Rettet Elisa, AnnaElbe, Ledigenheim-Projekt Rehhoffstraße, Eine Mitte für Alle, Apfelbaum braucht Wurzelraum, Initiative Siedlung Berne, Zukunft Wilhelmsburg und Engagierte WilhelmsburgerInnen, Ini Gerichtstraße und Mühlenkamp und weitere Busbeschleunigungsbetroffene, diverse Stadtteilinitiativen und -beiräte: aus dem Hamburger Westen über St. Georg und Bramfeld bis zum Nordosten. Bevor die Liste zu lang ist, höre ich hier auf.

Ich bin immer wieder tief beeindruckt, wie viel Wissen, Engagement und Kreativität es vor Ort gibt. Da muss mensch dem Senat fast schon dankbar sein, dass er durch seine Politik so viele BürgerInnen in Rage bringt. Besser wäre es jedoch, wenn der Senat mit den BürgerInnen planen würde und nicht gegen sie.

Ich fand die letzten vier Jahre total spannend, lehrreich und bereichernd – wofür ich vor allem den vielen Menschen dankbar bin, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben, mit denen ich zusammen Ideen entwickeln durfte und mit denen ich auch gemeinsam lachen konnte.

Und wo ich schon mal beim Danke sagen bin:

- Dank an Joachim Bischoff, dass er mich an dem »BürgerInnenbrief« beteiligt hat und dass er sich auch nach seinem Ausscheiden aus der Bürgerschaft weiterhin mit Beiträgen einbringt.
- Dank an das Team des »BürgerInnenbriefs«, das so verlässlich dafür sorgt, dass diese Information gut aussieht und alle erreicht. Und dass ihr alle vier Wochen Beiträge einfordert: Auch wenn ich oft kurz vor dem Abgabetermin inner-

Hohe Mieten, verkommene Wohnanlagen – So kann das nicht weitergehen! Bezahlbare Wohnungen für alle!

Veranstaltung der LINKEN in Steilshoop, wo ein erheblicher Teil der Häuser im Eigentum der GAGFAH bzw. der Deutschen Annington ist

- Mit der stellvertretenden Vorsitzenden der LINKEN, Caren Lay,
- dem Bürgerschaftskandidaten im Wahlkreis 12 (Bramfeld-Farmsen-Berne) Dieter von Kroge,
- der Bürgerschaftsabgeordneten und -kandidatin Heike Sudmann und
- dem Vorsitzenden der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek, Julian Georg (Moderator)

Freitag, 23. Januar, 19.30 Uhr, Bildungszentrum Steilshoop, Raum E 17/18, Gründgensstraße 43

lich geflücht habe, war es letztendlich immer gut, mir die Zeit zu nehmen und zu reflektieren/aufzuschreiben, was ich so getan habe und was ich erreichen will.

- Dank geht vor allem auch an Michael Joho, meinen persönlichen Mitarbeiter und wissenschaftlichen Referenten, auf dessen Ideenreichtum, Anregungen und Verlässlichkeit ich setzen kann. Gemeinsam sind wir zwar nicht unschlagbar, aber ein supergutes Team. So können wir auch die nächsten fünf Jahre Bürgerschaft bestehen.



Am 27.10.2014 (Foto: M. Joho)

»ELISA bleibt!«



Abbruchreif??? (Foto C. Hannen)

Verschiedentlich hat sich DIE LINKE – sei es auf Stadtteil-, Bezirks- bzw. Bürgerschaftsebene und auch im »BürgerInnenbrief« – in den vergangenen Jahren mit den vom Abriss bedrohten Häusern in Hamm beschäftigt und selbstverständlich mit der ELISA-Initiative solidarisch erklärt. Nach etlichen Winkelzügen und harschem Vorgehen der »Vereinigten Hamburger Wohnungsgenossenschaft« (vhw) droht nun unmittelbar der Rauswurf der letzten BewohnerInnen dieses eigentlich unter Denkmalschutz gehörenden Ensembles. Wir rufen alle LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« auf, sich mit den BewohnerInnen und der Initiative »Rettet-Elisa!« ebenfalls solidarisch zu erklären und den Aufruf in letzter Minute zu unterzeichnen: <http://elisa-bleibt.de/umfrage/>. Hier ist der Text dazu:

ELISA – um was es geht

Unsere Wohnanlage, ein Backstein-Ensemble aus der Schumacher-Zeit, gelegen an den Straßen Chapeaurougeweg 16-20/Am Elisabethgehölz 3-7/Curtiusweg 1-5; und daher »Elisa« genannt, ist seit 2011 vom Abriss bedroht!

Unsere Genossenschaft, die Vereinigte Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft, möchte unser Wohnhaus mit 122 überwiegend kleinen und daher bezahlbaren Wohnungen abreißen und stattdessen einen Neubau mit größeren und dafür nur 101 Wohnungen erstellen.

Wir aber lieben den Charme dieses Backsteinhauses mit den Rund-Erkern. Es lebt sich gut hier, auch in den kleinen Wohnungen. Die Wohnqualität beruht auf dem Alter und den Grundrissen des Gebäudes, das ursprünglich nach dem Prinzip des »Neuen Bauens« der Schumacher-Ära entstanden ist.

Elisa sollte unter Denkmalschutz stehen. Die stadtbildprägende Südfassade mit den Rund-Erkern sowie teilweise die der Seitenflügel mit Söllern haben nahezu unversehrt den Krieg überstanden. Im Gegensatz zu den Gebäuden in der Umgebung, wo aufgrund der Zerstörungen das Architekturelement Rund-Erker nur noch vereinzelt anzutreffen ist.

Elisa ist daher Zeitzeuge des Wohnungsbaus der Weimarer Republik, der Zerstörung durch den Nationalsozialismus sowie der Anstrengungen des Wiederaufbaus, den hier vermutlich derselbe Architekt ausführte, der das Gebäude erbaut hatte. Die Seitenflügel Elisas wurden in Teilen neu errichtet. Angesichts der großen Wohnungsnot wurden die Wohnungen verkleinert, zudem kleine Balkone angefügt. So erhielten auch diese Wohnungen eine hohe Lebensqualität.

Und hier schließt sich der Kreis zu unserer Wohnsituation in Hamburg angesichts der aktuellen Wohnungsnot und zukünftigen Altersarmut.

Aus all diesen Gründen formierten wir 2011 unseren Widerstand gegen die Abrisspläne der vhw in der Mieterinitiative »Rettet-Elisa!«. Einen baulichen Grund für den Abriss gibt es nicht, das Haus ist nachweislich nicht marode, die vhw hat es nur über Jahrzehnte nicht instandgehalten.

Wir meinen, der Eigentümer steht in der Pflicht, insbesondere solch ein historisch bedeutendes Hamburger Backstein-Ensemble zu erhalten. Wir machen es gern.

Mehr dazu auf der Website: <http://elisa-bleibt.de/>



Auf allerneuestem Stand hat die Initiative soeben eine **Broschüre** zu den Auseinandersetzungen herausgegeben: **Retter für Hamburgs Backstein-Erbe gesucht** Im Netz verfügbar unter: http://elisa-bleibt.de/wp-content/uploads/elisa_broschuere/elisa-retter_broschuere.pdf.

Stadtteil-Ausverkauf – Nicht mit uns!



www.pro-wohnen-ottensen.de

Die Auseinandersetzungen um die Stadtentwicklungspolitik – die Frage, für wen sind die Stadtteile, was und für wen wird da gebaut – halten weiter an. Wir nehmen hier den Aufruf zu einer Bündnis-Demonstration am Samstag, den 17. Januar auf, der einige wichtige Zusammenhänge beleuchtet und Forderungen enthält, die wir nur unterstützen können. Mehr dazu auf der Website des Organizers, der »Überparteilichen Bürgerinitiative Pro-Wohnen-Ottensen« unter www.pro-wohnen-ottensen.de.

Ob St. Pauli, Schanze, Altona oder Langenhorn – überall bietet sich ein ähnliches Bild: Stadtentwicklung ohne jegliche Sensibilität, verbunden mit der Verdrängung sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen und wichtiger kleinerer Gewerbebetriebe zugunsten einer konsum-orientierten »Aufwertung«.

Der Hamburger Senat baut rücksichtslos gegen seine BürgerInnen und zerstört die Lebensqualität in den Stadtteilen. Dabei werden selbst städtische Grundstücke ohne Not der Spekulation eines überhitzten Marktes überlassen, anstatt mit einer aktiven Strategie der sich beschleunigenden Mietpreisspirale in vielen Stadtteilen Einhalt zu gebieten. Die Notwendigkeit einer sozial ausgewogenen Stadtentwicklungspolitik hat dabei offensichtlich nicht die oberste Priorität. Aber genau das ist der Auftrag der BürgerInnen an ihre VertreterInnen im Senat, in der Bürgerschaft, in den Bezirksversammlungen und ihrer nachgeordneten Behörden: die Verantwortung zu übernehmen, beim Wohnungsbau im Sinne der Bevölkerung zu steuern und diese Bedürfnisse an erste Stelle zu setzen!

Rücksichtslose Verdichtung als oberstes städtebauliches Ziel und die intransparente Vergabe von Grundstücken und Immobilienprojekten im Hinterzimmer – an die immer gleichen Großinvestoren und ohne vorherige Beteiligung der Bewohner – kennzeichnen den derzeitigen unzeitgemäßen und undemokratischen Politikstil.

BürgerInnen verlangen:

Unser Viertel – unsere Entscheidung!

Wir wollen mit einem überparteilichen Bündnis Hamburger Initiativen und bürgernaher Organisationen den Protest betroffener Menschen über die Entmündigung durch eine unsziale Bau- und Stadtentwicklungspolitik in die heiße Phase des

Wahlkampfes tragen. Immer mehr HamburgerInnen verlangen, dass über die Entwicklung von Stadtteilen vor Ort in den Bezirken entschieden werden soll – mit verbindlichen Rechten zur Mitbestimmung auf Seiten der BürgerInnen.

Wir setzen uns ein für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum für alle und eine Stadtentwicklung von unten mit substantziellen Rechten der BewohnerInnen. Die Bedürfnisse der Menschen in den Stadtteilen müssen absolut im Vordergrund stehen – und nicht die Profit-Konzepte einzelner Unternehmen oder der Stadt Hamburg. Die BürgerInnen der Stadt haben es satt, mit den immer gleichen Statistiken, Begründungen und Alibi-Beteiligungs-Verfahren abgespeist zu werden und wieder und wieder vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Unsere Forderungen:

Wohnraum – wir fordern:

- Wohnen darf nicht länger Ware sein und den Regelungen eines freien Marktes überlassen werden. Wohnen ist ein Menschenrecht!
- Leerstand muss nutzbar gemacht werden – und Leerstand zu Spekulationszwecken muss sanktioniert werden – statt Abschreibung steuerlich zu fördern.
- Die Politik muss die Verantwortung übernehmen, beim Wohnungsbau an allererster Stelle im Sinne der Bedürfnisse der Bevölkerung aktiv zu steuern.
- Wir fordern, bei Neubauprojekten verbindlich Orte des Zusammenkommens für die Bewohner zu schaffen (»bezahlbare Treffpunkte«).
- Wohnraum für Flüchtlinge und Wohnungslose muss über ganz Hamburg verteilt zur Verfügung gestellt werden (auch in den »exklusiveren« Stadtteilen).
- Schluss mit der Stadtraum-Verdichtung um jeden Preis!

»Stadtteil-Ausverkauf – Alles muss raus!«

Nicht mit uns! Überparteiliche Demonstration am **Samstag, 17. Januar** für bezahlbare Mieten und eine soziale Stadtentwicklung von unten.

Start: 14 Uhr Millerntorplatz (U-Bahn St. Pauli)

Gewerbe – wir fordern:

- Stopp sinnloser Großprojekte in Wohngebieten (s. IKEA, Zeise-Parkplatz)
- Kleinteiliges Gewerbe für den Bedarf von Anwohnern muss gefördert werden
- Überhitzung von Gewerbemieten muss verhindert werden, damit sich gewachsene Ladenstrukturen und kleine Gewerbe gegenüber Ladenketten und Investoren behaupten können

Soziale Stadtentwicklung – wir fordern:

- Verzicht auf die vorherrschende übergeordnete Logik des Profits
- Kein Ausverkauf der Stadt zur Gegenfinanzierung von Protz- und Renommier-Bauten der Stadt à la Elbphilharmonie
- Die Menschen müssen in der Stadt-Entwicklung an erster Stelle stehen

- Die Bürger haben ein Recht, an Entscheidungsprozessen in ihren Stadtteilen aktiv und substantiell mitwirken zu können
- Beteiligungsprozesse von unten müssen gestärkt und verbindlich gemacht werden
- Stadtentwicklung muss vor Ort (in den Bezirken) entschieden werden (»Bürgerentscheide verbindlich machen!«)
- Prozesse der Stadtplanung müssen ergebnisoffen geführt werden
- 100%ige Vergabe von Bauprojekten nach Konzeptkriterien (Wettbewerbe, Ausschreibungen, Baugenehmigungen, Anhandgaben)
- Absolute Transparenz in Bauverfahren und Öffentlichkeitspflicht für Vergabeprozesse
- Räume der Begegnung müssen für alle Stadtteile bezahlbar zur Verfügung gestellt werden (»Nebenkosten und sonst nichts!«)

TTIP, CETA und Hamburgs Immobilienmarkt

Von Florian Kasiske, aktiv im Netzwerk Recht auf Stadt



Bessere Bedingungen für Spekulanten mit TTIP? (M. Joho)

Zwei transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen werden derzeit verhandelt: Für CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), ein Abkommen zwischen der EU und Kanada, liegt bereits ein Vertragstext vor, ab Mitte 2015 ist frühestens damit zu rechnen, dass das Ratifikationsverfahren beginnt. TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ist derzeit noch nicht so weit vorangeschritten. Die unter strengster Geheimhaltung stattfindenden Verhandlungen haben noch keinen Vertragstext hervorgebracht, es ist allerdings davon auszugehen, dass sich das Abkommen in wesentlichen Punkten an CETA orientiert.¹

Beide Abkommen sollen dazu dienen, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen. Tarifäre Handelshemmnisse sind Zölle – die sind zwischen der EU und den USA ohnehin schon sehr niedrig. Als nicht-tarifäre Handelshemmnisse gelten dagegen alle Regulierungen, die es Unternehmen

des einen Vertragspartners erschweren, auf dem Markt des anderen Vertragspartners Fuß zu fassen. Neben dem Abbau bestehender Regulierungen ist ein wesentliches Ziel der Investitionsschutz. Die dem Investitionsschutz zugrundeliegende Logik besteht darin, dass Investitionen in einem anderen Land immer mit speziellen Risiken verbunden sind – z.B. demjenigen, dass politische EntscheidungsträgerInnen Maßnahmen beschließen, die der eigenen Bevölkerung oder dem heimischen Kapital zugute kommen, aber die Möglichkeit eines ausländischen Unternehmens schmälern, die erwarteten Gewinne aus einer Investition zu realisieren.

¹ Einen umfassenden Überblick darüber, welche Auswirkungen TTIP und CETA in Hamburg hätten, gibt die in Erscheinung befindliche Broschüre von Thomas Fritsch im Auftrag von Campact unter dem Titel: Auf Kollisionskurs: TTIP und CETA in Hamburg. Folgen der EU-Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada.

Eine Besonderheit von Investitionsschutzabkommen wie TTIP oder CETA ist, dass Unternehmen Staaten verklagen können. In den meisten dieser Abkommen (Ende 2013 gab es weltweit bereits 3.000 solcher Abkommen) ist festgelegt, dass die Klage nicht vor nationalen Gerichten verhandelt wird, sondern vor internationalen Schiedsgerichten. In diesen Schiedsgerichten urteilen keine herkömmlichen RichterInnen, sondern AnwältInnen aus hochdotierten, global tätigen Anwaltskanzleien.² Schiedsgerichte haben keinen direkten Einfluss auf die nationale Gesetzgebung – sie können aber einen Staat zur Zahlung von Entschädigungszahlungen verpflichten und damit indirekt die Möglichkeiten der nationalen oder kommunalen Regulierung massiv beeinträchtigen.³

Eines der zentralen Probleme der Hamburger Bevölkerung sind die massiv steigenden Mieten, Luxussanierungen und damit verbunden die Verdrängung von Gering- oder NormalverdienerInnen aus den innerstädtischen Bereichen. Im Folgenden geht es um die Frage, inwiefern Abkommen wie TTIP oder CETA dieses Problem weiter verschärfen können.

Der Hamburger Immobilienmarkt steht derzeit unter erheblichem Druck. Schon seit langem lässt sich weltweit eine Internationalisierung der Immobilienmärkte in einigen ausgewählten Großstädten beobachten,⁴ verbunden mit einer Entwicklung, die der Berliner Stadtsoziologe Andrej Holm als Übergang von der Renten- zur Renditeökonomie bezeichnet:⁵ Mittlerweile gibt es einen Trend weg vom einzelnen Hauseigentümer mit lokalem Bezug hin zu Großunternehmen und Fonds, die mit einer Orientierung auf maximale Ausschöpfung der möglichen Gewinne Immobilien in Städten aufkaufen.

TTIP und CETA können als Hebel in der Hand großer Player auf dem Immobilienmarkt benutzt werden, wenn ein Unternehmen einen Verstoß gegen diese Abkommen geltend machen kann, die a) aus den USA oder Kanada kommen, bei denen b) in nennenswertem Umfang US-amerikanisches oder kanadisches Kapital beteiligt ist, oder die c) aus einem europäischen Land kommen, aber relevante Geschäftsaktivitäten in den USA oder Kanada vorweisen können – wenn ein schwedisches Unternehmen wie Akelius z.B. in New York Gebäudebestände erwirbt. Ein großer Akteur in Hamburg, bei dem US-amerikanische bzw. kanadische Unternehmen und Fonds Anteile haben, ist der Zusammenschluss von Gagfah und Deutscher Annington.⁶ Zusammen besitzen beide in Hamburg rund 11.000 Wohnungen, in der Metropolregion ganze 15.000.⁷

Bestehende allgemeingültige Gesetze in Bezug auf den Schutz von MieterInnen stehen bei CETA und TTIP zunächst nicht zur Debatte. Gegen bestehende gesetzliche Regelungen kann allerdings vorgegangen werden, wenn sie entweder Unternehmen eines Vertragspartners diskriminieren – z.B. weil die Stadt bei öffentlichen Ausschreibungen inländische Unternehmen bevorzugt. Oder wenn sie nicht allgemeingültig sind und lokal unterschiedlich gehandhabt werden. Werden TTIP und CETA ratifiziert, stehen damit zentrale Möglichkeiten der Regulierung des Immobilienmarktes zur Disposition. Zwei Beispiele: Ein im Bundesbaugesetz vorgesehenes Mittel, um die Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsteile aus innerstädtischen Gebieten einzudämmen, ist die Soziale

Erhaltungsverordnung. Eine solche Verordnung hat keine direkten Auswirkungen auf Mieten, macht aber Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig. Außerdem sind Bau- und Modernisierungsmaßnahmen, die den Wohnwert steigern und damit Mieterhöhungen nach sich ziehen könnten, genehmigungspflichtig.⁸ Gegen die Festlegung einer sozialen Erhaltungssatzung in einem Gebiet durch den Senat könnte ein Unternehmen mit Anbindung an die USA oder Kanada vor einem internationalen Schiedsgericht klagen – denn nach der Logik des Investitionsschutzes könnte ein solcher Beschluss als »willkürlich« und als »indirekte Enteignung« interpretiert werden.

Auch die Mietpreisbremse, die derzeit kurz vor der Umsetzung steht, kann mit TTIP bzw. CETA ausgehebelt werden. Nach dem Gesetzentwurf können Bundesländer Gebiete festlegen, in denen die Miete bei der Weitervermietung von Bestandswohnungen nicht höher als 10% als die ortsübliche Vergleichsmiete ist (in Hamburg der Mietenspiegel). Die Mietpreisbindung soll für höchstens fünf Jahre gelten und hat so viele Ausnahmen, dass sie in Wirklichkeit nur ein »Mietpreisbremschen« ist: Wohnungen, die jetzt schon teurer vermietet werden, sind davon nicht betroffen, ebenso wenig wie Mieten neugebauter oder modernisierter Wohnungen. Trotz dieser Ausnahmen ist es möglich, dass ein Unternehmen die Festlegung der Mietpreisbremse für ein Gebiet als willkürliche Beeinträchtigung seiner legitimen Gewinnerwartung betrachtet und vor einem internationalen Schiedsgericht dagegen klagt.

Diese beiden Beispiele sind lediglich Szenarien, mit denen bereits bestehende Regulierungsmöglichkeiten ausgehebelt werden können. Aber die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten sind bereits jetzt nicht ausreichend, um eine massive Verteuerung des Wohnraums in der Stadt zu verhindern. Sämtlichen dringend notwendigen gesetzlichen Maßnahmen, die die Interessen von MieterInnen gegen die Gewinninteressen von ImmobilienbesitzerInnen stark machen, wird mit Abkommen wie CETA und TTIP ein Riegel vorgeschoben – denn es drohen Milliardenklagen vor internationalen Schiedsgerichten. Wenn wir für das Recht auf Stadt und für eine am Gemeinwohl orientierte Politik eintreten, müssen wir alles dafür tun, damit TTIP und CETA verhindert werden.

² Lesenswert zu diesem Thema ist eine Broschüre von Campact: <http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/10/LawFirmsReport-DE.pdf>

³ Die Stadt Hamburg hat mit solchen Klagen bereits Erfahrungen gemacht – als Vattenfall auf der Grundlage der von Deutschland unterzeichneten Energiecharta im Jahr 2009 Hamburg wegen Auflagen beim Bau des Kohlkraftwerks Moorburg auf Entschädigungszahlungen von 1,4 Milliarden Euro verklagte. Am Ende einigten sich Vattenfall und die Stadt Hamburg auf einen Vergleich, bei dem die ursprünglichen Auflagen aufgeweicht wurden.

⁴ Heeg, Susanne (2011): Finanzkrise und städtische Immobilienmärkte. Die räumlichen Auswirkungen in und zwischen Städten. In: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.): *ViefachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg, S. 181-198.

⁵ http://gentrificationblog.files.wordpress.com/2010/05/wohnprojekte-tag_20101.pdf

⁶ <http://investoren.deutsche-annington.com/websites/da/English/3300/shareholder-structure.html>, www.boersen-zeitung.de/index.php?li=22&l=0&isin=LU0269583422

⁷ www.abendblatt.de/hamburg/article134928226/14-000-Wohnungen-in-Hamburg-von-Gagfah-Deal-betroffen.html

Die »Elbphilharmonie des Sports« stoppen!



Volkssport statt Olympia (M. Joho)

Mit Macht werden derzeit vom Senat und den vom ihm aufgeschauelten Medien und Großkopferten die Planungen für die Olympia-Bewerbung vorangetrieben. Einen »Baustopp« für dieses Treiben hat die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN auf einer Pressekonferenz am 15. Januar gefordert. Doch die Bevölkerung wird über die wesentlichen Aspekte und Auswirkungen von Olympischen Spiele in Hamburg in Unkenntnis gehalten, geschweige denn an den Planungen beteiligt.

Die voraussichtlichen Kosten – die Linksfraktion schätzt sie auf mindestens 7,3 Milliarden Euro – sollen in der öffentlichen Diskussion kaschiert werden. Dies ist schärfstens zu kritisieren. DIE LINKE hat deswegen einen Antrag eingebracht, der nächste Woche auf der Tagesordnung der Bürgerschaft steht. Darin fordert die Fraktion die Bürgerschaft auf, eine Olympia-Bewerbung zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen, da die notwendige Transparenz zu Chancen und Risiken nicht hergestellt wurde und kein positives Votum aus einem Volksentscheid vorliegt. Zudem wird der Senat aufgefordert, umgehend ein Gutachten zur Ermittlung der wahrscheinlichen Kosten für die Ausrichtung von Olympischen Spielen in Auftrag zu geben und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Gleichzeitig soll der Senat einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines Bürgerentscheides vorlegen.

Auf der Pressekonferenz erklärte Mehmet Yildiz, der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion: »Wir kritisieren die Hinhaltetaktik des Senats. Statt die BürgerInnen umfassend über Kosten und die Folgen aufzuklären und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten noch vor der Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu eröffnen, soll nun der DOSB in der Vorauswahl allein entscheiden. Und das anhand von Meinungsumfragen. Dieses Übergehen des Bürgerwillens ist aus unserer Sicht inakzeptabel.« Zudem tage diese Bürgerschaft im Februar zum letzten Mal. »Damit ist klar, dass die Entscheidung vorbei am Parlament gefällt wird. Dies ist

nicht in Ordnung und zeugt von einem seltsamen Demokratieverständnis. Deshalb sind umgehend alle Olympiapläne zu stoppen.«

Norbert Hackbusch, finanz- und haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ergänzte: »Diese Stimmungsmache von Senat und anderen Unterstützern erinnert uns fatal an die Anfänge der Elbphilharmonie. Alle haben ein tolles Gefühl, Hamburg wird Leuchtturm in der Welt, die Kosten bekommt man schon irgendwie in den Griff. Man sollte doch auch den großen Wurf sehen und nicht so kleinkariert auf den Kosten rumreiten – aber niemand hat wirklich einen Plan. Wir wollen die Entscheidung über Olympia vom Kopf auf die Füße stellen und fordern eine realistische Einschätzung – gerade auch der Kosten – für die Stadt.«

Und schließlich die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heike Sudmann: »Das olympische Motto »schneller, höher, weiter« gilt auch für die Stadtentwicklung. Tausende neue Wohnungen, neue U-Bahnlinien und eine Verbesserung der Straßeninfrastruktur soll Olympia laut BefürworterInnen der Stadt bringen. Doch diese Baumaßnahmen müssen von Hamburg und niemand anderem bezahlt werden. Woher das Geld in Anbetracht der Schuldenbremse kommen soll, erklärt der Senat nicht. Er hofft darauf, dass die Kosten im Trubel von Olympia untergehen und der Katzenjammer erst hinterher kommt. Aufgrund des Zeitdrucks wird es keine offene und echte BürgerInnenbeteiligung bei der Planung geben. Das hat schon bei wesentlich kleineren Projekten nicht geklappt. Wir kritisieren die Festivalisierung der Politik. Mit schönen Projekten wird davon abgelenkt, dass die soziale Spaltung rasant voranschreitet und immer mehr Menschen armutsgefährdet sind. Olympia kann die Menschen einen und ihre Sorgen in den Hintergrund drängen – solange niemand die finanziellen Folgen vorrechnet und die zu erwartenden tabulosen Kürzungen.«

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

In den kommenden Wochen werden wir es im Wahlkampf auch mit einem verstärkten Auftreten der Rechten bis ganz Rechten zu tun haben. Wer hinsichtlich ihrer Aktivitäten und vor allem auch der Gegenveranstaltungen informiert sein will, ist gut beraten, die **Website des Hamburger Bündnisses gegen Rechts** anzuklicken. Hier ist z.B. zu erfahren, dass just eine 44-seitige **Broschüre zur Kritik der »Alternative für Deutschland« (AfD)** erschienen ist. By the way, eine neue **Ringvorlesung** zum Thema **Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland** startet am **Dienstag, den 3. Februar** (sechs Vorträge, jeweils freitags von 18.15 bis 19.45 Uhr), in der Helmut-Schmidt-Universität (Holstenhofweg 85). Mehr unter www.hsu-hh.de/ikvb.

Wer an regelmäßigen **Neuigkeiten aus dem Gewerkschaftshaus** interessiert ist, der/die kann über die Homepage <http://hamburg.dgb.de> oder per Email an hamburg@dgb.de den monatlichen Newsletter bestellen. Interessant und prägnant, ein Novum der (schon nicht mehr ganz) neuen DGB-Vorsitzenden Katja Karger.

Das **Miniaturland** in der Speicherstadt (Kehrwieder 2) erlaubt ja den ganz anderen Blick auf markante Teile der Stadt Hamburg en miniature, obwohl die »bebaute Fläche« nun auch schon 1.300 qm ausmacht. Im 13. Jahr des Bestehens (2014) hatte diese Ausstellung sage und schreibe 1.228.072 BesucherInnen, und das zu doch recht üppigen Preisen. Aber Menschen mit wenig Geld, die sich einen Besuch »wirklich nicht leisten können«, haben an mehreren Tagen im Monat **freien Zutritt**, das nächste Mal z.B. am **Montag, den 19. Januar**, in der Zeit von 9.30 bis 18 Uhr. Alles Weitere, auch die Termine für den freien Eintritt, siehe unter www.miniaturland.de/leisten.

Wie schon des Öfteren ausgeführt, lohnt ab und zu der Blick auf die Website des Statistikamtes. Am 14. Januar ist eine neue Ausgabe von »Statistik informiert« erschienen. Es geht dabei um **Zu- und Umzüge in und zwischen den Bezirken und Stadtteilen Hamburgs 2013**. Auch wenn mensch sich Angaben zu sämtlichen Vierteln gewünscht hätte, sind doch einige Daten recht aufschlussreich, schon um zu erfahren, wo die weggezogenen NachbarInnen so bleiben. Danach sind im Jahre 2013 in Hamburg insgesamt 230.000 Menschen zugezogen oder innerhalb der Stadt umgezogen. Familien mit Kindern zogen bevorzugt nach Lurup, Lokstedt und Farmsen-Berne, SeniorInnen nach Poppenbüttel, Lokstedt und Iserbrook. Interessant ist auch, dass die Mehrheit derjenigen, die umziehen (müssen), »einen nahegelegenen Stadtteil als neuen Wohnort wählten«. Die ganze Erklärung unter www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI15_004.pdf.



Der **Leerstandsmelder** hatte ja bei seiner Einrichtung vor vier Jahren Furore gemacht und zwischenzeitlich bundesweite Verbreitung gefunden. Doch ohne regelmäßige Pflege sind die eingestellten Daten hinsichtlich des **Leerstandes von Wohnungen und Gewerbebauten** nicht mehr verlässlich. Nun soll das Ganze technisch

generalüberholt werden, doch dafür ist Geld vonnöten. Wer im Rahmen einer Crowdfunding-Kampagne etwas beitragen oder sich erst einmal informieren will, findet hier Argumente: www.startnext.de/leerstandsmelder.

Gegen einen NPD-Aufmarsch in Wandsbek geht es am **Samstag, den 17. Januar**. Das volksverhetzende Motto der NPD lautet: »Asylbetrug ist kein Menschenrecht. Deutschland ist kein Einwanderungsland«. Die LINKE hat für 10.30 Uhr eine Gegendemo angemeldet, Treffpunkt ist Wandsbek Markt, Schlossstraße/Ecke Botenstieg (bei der Post). Der Aufruf der LINKEN findet sich hier: www.die-linke-hamburg.de/termine/detail/artikel/gegen-den-rassistischen-wahlkampf-der-npd-und-afd-fluechtlinge-sind-willkommen-in-hamburg.html.



Am **Sonntag, den 18. Januar**, geht es beim **linken Frühschoppen** im Osdorfer Born um **verkehrspolitische Probleme**. Karsten Strasser und Heike Sudmann stellen sich den Fragen der BesucherInnen, und zwar von 11 bis 13 Uhr im Bürgerhaus Bornheide, Bürgersaal, Rotes Haus (Bornheide 76).



Irene Bude, Olaf Sobczak und Steffen Jörg haben vor fünf Jahren den Anti-Gentrifizierungsstreifen »Empire St. Pauli« präsentiert, seit Ende 2014 läuft die Vorführung ihres neuen **Dokumentarfilms buy, buy st. pauli**. In wirklich toller, aufklärerischer, manchmal anrührender, manchmal witziger, aber auch trauriger Manier erzählen sie die Geschichte der BewohnerInnen der ehemaligen, inzwischen abgerissenen ESSO-Häuser. Es geht um Spekulantentum, Verkommenlassen von Wohnraum und halbgare PolitikerInnen, aber vor

allem auch um Widerstand und Solidarität. Der 90minütige Film läuft am **Montag, den 19. Januar**, um 20 und am 25. Januar um 11 Uhr im »Abaton« sowie am 12. Februar um 20 Uhr im »Lichtmeß« und am 15.2. um 15.30 Uhr im B-Movie. Danach tritt er die Reise in die bundesweiten Kinos an.

Im Rahmen des Hamburger Städtebauseminars ist bereits eine **Veranstaltungsreihe** angelaufen, die den Titel trägt **Big City, Smart City, Learning City**, benannt also nach allem, was gerade begrifflich so en vogue ist. Am **Mittwoch, den 21. Januar**, geht es um **Potenziale des Grotesken**, am 28. Januar um die Frage, »Wie wird unsere Stadt?«, am 1. April endet die Reihe mit einem Vortrag zur »Zukunftsstadt«. Veranstaltungsort ist die HafenCity Universität (Überseelallee 16, Hörsaal 200). Studierende haben freien Zutritt, das Einzelticket dagegen soll angeblich 100 Euro kosten. Naja. Mehr unter www.staedtebauseminar.de.

Ob der **City-Hof mit seinen markanten Hochhäusern** abgerissen werden soll, darum gibt es bisher noch eine Kontroverse. Wer sich ein Bild von diesem Ensemble machen will, kann an einer **kostenfreien Führung** (wie jeden zweiten Sonntag im Monat) **am 25. Januar** teilnehmen. Treffpunkt ist um 15 Uhr der Arno-Schmidt-Platz, direkt vor der Zentralbibliothek am Hühnerposten. Eine kurze Anmeldung unter fuerungen@city-hof.org ist erwünscht. Ausführliche Infos der um den Erhalt des City-Hofes kämpfenden Initiative gibt es unter www.city-hof.org.



Mobilität 2030 in Hamburg – U-Bahn oder Stadtbahn? – diese Frage steht im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Arbeitskreises Stadtentwicklung der Patriotischen Gesellschaft am **Montag, den 26. Januar**, um 18.30 Uhr in den Verbandsräumen (Troostbrücke 4-6). Dabei geht es um die Zukunftsfähigkeit verschiedener Verkehrskonzepte im Allgemeinen und die Erweiterung von U- und S-Bahn-Netzen, die Schaffung zusätzlicher Buslinien und die mögliche Installation eines Stadtbahnsystems im Besonderen. Beteiligt sind u.a. Günter Elste (Hochbahn), Martina Koeppen (SPD) und Till Steffen (GRÜNE). Anmeldung erwünscht unter info@patriotische-gesellschaft.de.

Vor dem Hintergrund seiner ausgesprochen fortschrittlichen und klar formulierten Wahlprüfsteine lädt der **Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)**, Landesverband Hamburg, zu einer **wahlpolitischen Podiumsdiskussion** ein. Sie findet statt am **Mittwoch, den 28. Januar**, um 18 Uhr im Zentrum Barmbek Basch (Wohldorfer Straße 30). Für DIE LINKE ist Cansu Oezdemir Gast auf dem Podium. Mehr (auch die Antworten der LINKEN zu den Wahlprüfsteinen) unter www.sovd-hh.de.



Erfahrungsgemäß eine echte Großveranstaltung ist es, wenn der Verein Zukunft Elbinsel zum **Wilhelmsburger Wahlprüfstand** einlädt. Am **Donnerstag, den 29. Januar**, 19 Uhr, wird den (Spitzen-) KandidatInnen der Parteien im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) auf den Zahn gefühlt. DIE LINKE wird von Heike Sudmann auf dem Podium vertreten.



Eine weitere **Großdemonstration** zur Unterstützung der Flüchtlinge in Hamburg – speziell der Lampeduas-Flüchtlinge – findet am **Samstag, den 31. Januar**, statt. Startpunkt sind um 13 Uhr die Landungsbrücken. Es geht um das **Recht auf Stadt – never mind the papers**, so auch der zentrale Slogan für diese Demo. Den umfangreichen und inzwischen von vielen Dutzend Organisationen unterzeichneten Aufruf gibt es im Internet unter nevermindpapers@riseup.net.

Auch bei der Handelskammer ist angekommen, dass Partizipation im Allgemeinen und bei Großprojekten im Besonderen ein unbedingtes Muss ist. Ein Schelm, der anderes mutmaßt bei der von ihr am **Dienstag, den 3. Februar**, angesetzten Veranstaltung **Nachhaltige Infrastruktur schaffen: Wie erreicht man Akzeptanz und Planungssicherheit bei Großprojekten?** Getagt wird im Albert-Schäfer-Saal der Handelskammer (Adolphsplatz 1), begonnen um 16 Uhr. Es geht u.a. um Erfahrungen aus der BürgerInnenbeteiligung bei der Schweizer Bahn, die Neue Mitte Altona steht auf dem Programm und auch Großbauvorhaben im Energiebereich. Ende ist gegen 19.30 Uhr. Das Programm findet sich unter www.hk24.de/System/VstTermine/3188618/tg_03_02_2015_188646.htm.

Ein Lehrbeispiel, wozu Spekulation und grenzenlose Profitgier führen, ist das in St. Georg berühmt-berühmte »Brandhaus« in der Langen Reihe 57/59. Am 1. März 2005 wurde es angesteckt, offenbar im Auftrag des Eigentümers, womit Leben und Hab und Gut der etwa 30 BewohnerInnen gefährdet wurden (s. dazu den aktuellen Zeitungsartikel unter www.taz.de/Brandstiftung-nicht-verfolgt/!151987/). Das Besondere dieses Falles: Der wegen des Versicherungsschadens ermittelnde Münsteraner Richter Klaus Kaub klagt nun die Hamburger Staatsanwaltschaft de facto wegen Strafvereitelung im Amt über die vielen letzten Jahre an. Der Einwohnerverein St. Georg lädt für **Dienstag, den 3. Februar**, um 19.00 Uhr in die Heinrich-Wolgast-Schule (Carl-von-Osietzky-Platz/Lange Reihe) ein, um den genauen Ablauf dieses bizarren Falls einer »warmen Sanierung« kennenzulernen. Titel: **Gentrifizierung in St. Georg: Zwischen Profitgier und staatlicher Ignoranz**. Klaus Kaub ist zugegen, die Justizsenatorin angefragt.

Reiches Hamburg, arme Stadt. Darum geht es auf der **6. Konferenz zur sozialen Spaltung am Donnerstag, den 5. Februar**, von 10 bis 17 Uhr im Dorothee-Sölle-Haus (Königsstraße 54). Im Plenum wie auch in Workshops soll der Frage nachgegangen werden, welche Politik gegen Armut wir brauchen. Um 10 Uhr geht es los, nach einer Mittagspause folgen ab 12.45 Uhr Arbeitsgruppen und um 15 Uhr ist eine Podiumsdiskussion angesetzt. Für DIE LINKE wird Dora Heyenn teilnehmen. Genaueres über die von der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg veranstaltete Tagung unter www.hamburg-stadtfoeralle.de.



Der Landesverband Nord des Vereins Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW) führt am **Donnerstag, den 12. Februar**, ab 15 Uhr seine Jahrestagung in der Imtech Arena (Sylvesterallee 7) durch. Ab 16 Uhr gibt es eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Parteien, u.a. mit Heike Sudmann. Schwerpunktmäßig wird das Thema **Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Hamburg** diskutiert.



Wem gehört die Stadt – Bürger in Bewegung, so ist ein neuer Film betitelt, der am **Donnerstag, den 19. Februar**, in die deutschen Kinos kommt. Im Mittelpunkt stehen die undemokratischen Praktiken von InvestorInnen und Bauunternehmen, aber auch von Stadtverwaltungen und Politik, die maßgeblich zur Verdrängung von MieterInnen beitragen. Mehr dazu unter www.wemgehoerdiestadt-derfilm.de/.

KulturTipp: Die Krise als Geschäftsmodell



Foto: www.wer-rettet-wen.org

Leslie Franke und Hermann Lorenz sind nicht nur ein in St. Georg lebendes Paar, sie sind beide auch FilmemacherInnen und haben in den vergangenen Jahren eine Reihe toller und – wie heißt das bisweilen? – investigativer Dokumentationen herausgebracht. Viele erinnern sich sicher noch an die privatisierungskritischen Werke »Bahn unterm Hammer: Unternehmen Zukunft oder Crashfahrt auf den Prellbock« und »Water makes Money: Wie private Konzerne mit Wasser Geld machen«. In der Langzeitdokumentation »Kinder von St. Georg« hat das Duo – es firmiert auch unter KernFilm (www.kernfilm.de) – über zwölf Jahre eine Reihe von Stadtteilkids begleitet und zwei wunderschöne, abendfüllende Filme gemacht, die einem das Leben, die An- und Aussichten der nachfolgenden Generation nahebringen und im Hauptbahnhofviertel Kultstatus haben.

Jetzt geht ihr neues Werk an den Start: Am 11. Februar gibt es zeitgleich in 150 europäischen Städten die Uraufführung von »Wer rettet wen? Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit«. Nicht zufällig an allen Ecken des Kontinents, denn die beiden Profis haben in der Vergangenheit oft genug mit den Anzeigen und Attacken von angepieksten PolitikerInnen, Verwaltungshengsten und vor allem Wirtschaftslobbyisten zu tun gehabt.

Erst im vorletzten Jahr gewannen sie in Paris – unter hohem finanziellem Einsatz – einen Prozess gegen die »Veolia«, die nicht nur den französischen Wassermarkt beherrscht, sondern auch in Hamburg mit Müllwagen unterwegs ist. Und

eine Uraufführung zu verhindern und gleichzeitig 150 Filmrollen zu kassieren, das gelingt selbst Großkonzernen nicht so ohne weiteres. Um den FilmerInnen das unabhängige Drehen zu ermöglichen, wurden 160.000 Euro in den letzten beiden Jahren von Tausenden Menschen gespendet, Übrigens fehlen noch knapp 10.000 Euro, um die Kosten wettzumachen.

Worum geht es bei dem Film? Ausgangspunkt ist die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008. Im Mittelpunkt stehen die Banken, die Millionen und Milliarden spekulativ angelegt und dann verloren haben. Und danach auf Kosten der Staaten und ihrer SteuerzahlerInnen die Verluste überwiegend ausgeglichen bekommen haben. Leslie Franke und Hermann Lorenz gelingt es, auch komplizierteste ökonomische Zusammenhänge auf den Punkt zu bringen, die richtigen InterviewpartnerInnen ausfindig zu machen und das Ganze höchst anschaulich zu bebildern. Wer also diesen Moloch Krise begreifen will, wer sich noch einmal richtig gruseln möchte ob der Macht des Großkapitals, vor allem aber der Banken und der Hedgefonds etc., der/die muss diesen Film baldmöglichst anschauen. Mehr dazu unter www.wer-rettet-wen.org. Außerdem wird im März im VSA: Verlag das Buch zum Film erscheinen, mit Analysen, Interviews und Alternativen, herausgegeben von den FilmemacherInnen und Gabriele Koppel.

Auch in Hamburg läuft der Film am Mittwoch, den 11. Februar, an, und zwar im »Metropolis« (Kleine Theaterstraße 10). Eins ist sicher, Mitte Februar wird der Film Gesprächsthema an den Tischen der Szenekneipen sein!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.